Fraktion B90/Die Grünen

69221 Dossenheim

**Dr. Gunild Frey**

**Dr. Thomas Katlun**

**Dr. Rainer Kling**

**Friedeger Stierle, Sprecher**

**Renate Tokur**

 im Dez 2018

**Betreff: Haushalt 2019**

**Hier: Haushaltsrede, Gemeinderatssitzung am 18.12.2018**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lorenz,
sehr geehrter Herr Niederhöfer,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger.

Unser demokratisches Gemeinwesen ist Angriffen ausgesetzt, wie sie die Bundesrepublik bislang nicht gekannt hat. Das Vertrauen in den Staat und in seine Fähigkeiten, Lösungen für die bestehenden Herausforderungen zu finden, scheint abgenommen zu haben. De­mokratie- , Staats- und Menschenverachtung sind bei vielen zu spüren.

**Was hat das mit unserem Haushalt zu tun?**

Die Kommune ist diejenige Ebene des Staats, mit der die Bürger zuallererst und sehr kon­kret in Berührung kommen. Hier kann der Staat zeigen, was Gemeinwesen bedeutet. Dass Demokratie zwar mühsam und manchmal kompliziert ist - sich aber lohnt!

Überzeugen können wir mit verlässlichen Diensten, mit solider Finanzierung, mit Transpa­renz und politischer Beteiligung , mit nachhaltiger Planung.

*Kommunale Dienste*

Insgesamt sehen wir die Gemeinde Dossenheim bei den kommunalen Diensten, wie Schu­len, Kindergärten, Bürgerämtern, Verkehr, Bücherei, Sportstätten etc. qualitativ und quantitativ gut aufgestellt . Von so einem Angebot an kommunalen Diensten können an­dere Gemeinden in der Republik - und erst recht in anderen Ländern - nur träumen.

*Finanzielle Ressourcen*
Aus Sicht der Grünen ist der Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen ver­antwortlich und seriös. Die gesamtwirtschaftlich gute Lage unserer Republik hat uns eine komfortable finanzielle Situa­tion beschert.

Es gibt jedoch viele zusätzliche Finanzmittel, die von der EU, dem Bund und dem Land, in Form von Wettbewerben oder projektbezogenen Mitteln ausgeschrieben werden. Sichtet die Verwaltung systematisch solche Ausschreibungen? Ja, das kostet Zeit und Personal! Aber könnte sich das nicht lohnen? Wäre das nicht etwas für die interkommunale Koopera­tion mit den Nachbargemeinden - man könnte sich doch Stellen teilen!

Was machen andere Gemeinden: die Städte Schönau und Heddesheim beispielsweise ge­hören zu den Gewinnern des landesweiten Wettbewerbes „Digitale Zukunftskommu­ne@bw 2018“. Die zusätzlich zum Haushalt gewonnen 35.000 € werden dort zur Erarbei­tung eines "Digitalen Entwicklungskonzeptes" einsetzt . Wir verlegen Leerrohre für Glasfa­serkabel – das ist gut; ist es aber auch gut genug?

*Vom Leitbild zum Haushalt*

In unserem Leitbild steht: „Ziele, Entscheidungen und Pro­bleme werden aufeinander abge­stimmt betrachtet, anhand dieser Leitsätze überprüft und zu einer integrierten Planung zusammen geführt.“

Wenn wir uns die mittelfristige Finanzplanung anschauen, sehen wir viele Leerstellen, ins­besondere bei den Ausgaben in 3 bis 4 Jahren. Warum? Weil wir keine systematische Pla­nung haben, die Leitbild, mittelfristige Finanzplanung und jährliche Haushaltsplanung zu­sammenbringen.

Darüber hinaus hat die Gemeinde keine überprüfbaren Ziele festgelegt, die uns an­zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

*Transparenz und Beteiligung*

Für unsere Bürger sind frühzeitige und verständliche Information essentiell.

Ohne kompromisslose Transparenz wird politisches und Verwaltungs­handeln immer der Gefahr unterliegen, nicht ausreichend Akzeptanz bei den Bürgern zu finden.

Neben Information und Transparenz sind faire Bürgerbeteiligung, die niederschwellige Er­möglichung von politischer Teilhabe, notwendig. Wir haben in Dos­senheim gute Ansätze. Aber auch noch richtig Luft nach oben!

Ich verstehe z. B. nicht, warum vom Gemeinderat beim Streitpunkt ‘Augustenbühl‘ eine reprä­sentative Befragung der Allgemeinbevölkerung abgelehnt wurde. Das Verfahren ist in an­deren Gemeinden getestet, kostengünstig und steht der Entscheidungshoheit des Ge­meinderats nicht im Wege. Hat der Gemeinderat Angst vor der Meinung der Bevölke­rung?

***Auf einen Nenner gebracht:***

***um Vorbildgemeinde zu werden, müssen wir uns noch rich­tig strecken!***

**Der Haushaltsentwurf**

Der vorliegende Haushalt gewährleistet eine gute Finanzausstattung sowohl für die Pflicht­aufgaben als auch für die freiwilligen Aufgaben der Gemeinde. Besonders freuen wir uns darüber, dass die Verschuldung weiter abgebaut werden konnte. Steuern mussten nicht erhöht werden.

*Dieses Jahr keine grünen Haushaltsanträge*

Die Grünen haben dieses Jahr keine eigenen Haushalts-Anträge gestellt. Warum?

1) Wir haben keine folgenschweren „Leerstellen“ oder überzogenen Ausgaben im Haushalt entdeckt. Und wir wollen keine klein­teiligen Haushaltsanträge stellen.

2) Viele bereits erteilte Aufträge und Anregungen an die Verwaltung warten noch auf Erledigung:

a. Die Erarbeitung und Umsetzung des Sanierungskonzepts für das Rat­haus.

b. Die Ausarbeitung und Umsetzung des Mobilitätskonzepts zum innerörtlichen öffentlichen Verkehr.

c. Die Umsetzung des Verkehrskonzepts für Radfahrer und Fuß­gänger.

d. Ein Wiederbeschaffungskonzept für den Gemein­defuhrparks mit Vorrang für emissionsfreie Fahrzeuge .

e. Die Entwicklung eines Lehrmittel-Beschaffungskonzepts, damit 2019 auf Mit­tel des noch abzuschließenden Digitalpakts zugegriffen werden kann.

g. Die und Anpassung und Umsetzung des Lärmaktionsplans. Welche Konse­quenzen ergeben sich aus dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom Juli 2018, das feststellt, dass deutlich geringere Grenzwer­te als bisher zu Grunde gelegt werden können.

f. Und wie wäre es mit einer Digitalisierungsstrategie – siehe Schönau!

3) 2019 muss die Haushaltsführung von der Ka­meralistik auf die Doppik umstellen (Doppik : „**dopp**elte **B**uch­führung **i**n **K**onten“). Ziel der Doppik ist es, sowohl einen Überblick über den betriebswirtschaftlichen Erfolg als auch über den Vermögens- und Verbindlich­keitsstand der Gemeinde zu bekommen. Das macht viel Arbeit, bie­tet aber auch Chancen für zielgerichtetes Wirtschaften.

4) Nächstes Jahr stehen Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen an. Wir möchten, dass der politische Gestaltungsspielraum der Gewählten nicht eingeschränkt wird.

*Zustimmung zum Haushaltsentwurf 2019*

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird dem vorliegenden Haushalt 2019 zustimmen.

Wir möchten schon an dieser Stelle allen Angestellten und Beamten, ehrenamtlich tätigen Mitbürgern, insbesondere den Frauen und Männern der Feuerwehr, Verei­nen, Bürgerinitia­tiven, Kirchen, Gewerbetreibenden und Betrieben herzlich für Ihre Ar­beit und Ihren Einsatz im letzten Jahr danken!

**Ausblick**

Aus dem oben Gesagten ergeben sich für uns folgende Schlussfolgerungen.

1) Die Erarbeitung eines Gemeindeentwicklungsplans, eines **Master­plans für Dos­senheim**, ist notwendig. Dossenheim braucht einen Umsetzungsplan, der zielori­entiert die Verbindung zwischen unse­rem Leitbild, der mittelfristigen Finanzplanung und dem jährlichen Haushalt herstellt. Dieser Masterplan für Dossenheim sollte einen 5-Jahreszeitraum umfassen.

Möglicherweise brauchen wir externe Unterstützung zur Aufsetzung eines solchen Plans. Insbesondere bei der dazu notwendigen Bevölkerungsbeteiligung.

2) Ein Masterplan für Dossenheim braucht **konkrete Ziele**. Was bedeutet es, Dos­senheim zu einer ökologischen Vorbildgemein­de zu machen?

Dossenheims Entwicklungsziele sollten mindestens folgende Bereiche umfassen:

- Klimaschutz und Erhalt unserer natürlichen Ressourcen,

- ökologischen Transformation, insbesondere von Verkehr und Infrastruktur,

- soziales Miteinander in Anbetracht des demographischen Wandels,

- Digitalisierung und wirtschaftlichen Entwicklung.

3) Das Thema  **bezahlbarer Wohnraum und demographischer Wan­del** bedarf besonderer Aufmerksamkeit. Was bedeutet es konkret, wenn unser Leitbild festlegt: „Wir pflegen Dossenheim als Wohngemeinde, in der Menschen aller Genera­tionen gerne leben, weil ihre besonderen Bedürfnisse erfüllt werden“. Jeder weiß, dass der Immobilienmarkt nicht den Bedarf derer deckt, die sich keine teuren Einfamilien­häuser leisten können. Wie wirkt sich der demographische Wandel auf den Bedarf und Bestand an Wohnraum aus? Wir brauchen eine Zielgruppen-orientierte Wohn­raumplanung, für Studenten, für Senioren, für weniger Betuchte. Viele Senioren bei­spielsweise, die allein in großen Häusern oder Wohnungen leben, würden gerne in ihrem Umfeld in kleinere Einheiten mit altersgerechter Ausstattung umziehen.

Sehr geehrte Kollegen von der FDP: eure Partei hat in den letzten Gemeindenach­richten einen Artikel veröffentlicht, der Stellung nimmt zu einem von den Grünen und BUND organisierten Vortrag, der eben dies Thema behandelt hat. Die darin ent­haltenen Falschinformationen und der Stil, in dem sie präsentiert wurden, haben uns, gelinde gesagt, erstaunt - zumal ihr nicht anwesend wart.

Deshalb erinnern wir – auch als Spezialservice für die FDP - an die Untersuchung ‚Ein Leben lang in Dossenheim‘, von Dr. Rott und Dr. Meh­ne. Diese Untersuchung hat 2015 die Vorstellungen der Senioren in Dossen­heim auch zum Wohnen im Alter un­tersucht. Ich zitiere Folie 6: „Die in letzter Zeit geschaffenen Wohnraumangebote werden zu­künftig für viele nicht mehr bezahlbar sein“. Folie 12: „Die über 75-jähri­gen, ...kön­nen sich wegen der zeitlich absehbaren Nähe zu Ge­brechlichkeit und Hilfsbedürftig­keit eher mit dem Gedanken an ein Pfle­geheim ver­traut machen. Schon deshalb, weil sie für sich in Dossenheim noch keine anderen Möglichkeiten sehen“. Folie 16 zeigt, dass **nur 47 % der über 75-jähri­gen in ih­rer eigenen Wohnung bleiben möchten, wenn im Alltag Unter­stützung notwendig wird, z. B. durch Pflegedienst!** Weiter in Folie 16: “Kommunale Beratungsangeb­ote und finanzielle Fördermöglichkeiten bei Umbau­maßnahmen in al­tersgerechte, barrierearme Woh­nungen müssen gefördert wer­den“.

Zentrale Aufgabe der Gemeinde ist also die Innenentwicklung als Werterhaltung des Bestands an Wohnraum. Dossenheim könnte hier selbst viel aktiver werden!

Wir Grüne regen daher an, gemeinsam mit den Nachbargemeinden ernsthaft dar­über nachzu­denken, ob es Sinn macht, eine inter­kommunale Wohnungsbaugesell­schaft zu gründen. Eine interkommunale Wohnungs­baugesellschaft könnte die Bau-Verwaltungen der Gemeinden entlasten, Planungsrecht intelligent einsetzen, vor al­lem zentral gelegene Grundstücke aufkaufen und preiswerte, zielgruppengerechte Wohnungen selbst bauen und ver­markten!

Ein hervorragendes Beispiel für funktionierende interkommunale Zusammenarbeit ist die Feuerwehr - warum sollte das nicht auch beim Wohnungsbau gehen?!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.